

**Antragsbuch zur
Kreisdelegiertenversammlung der
SPD Mitte am 22.11.2025**

Inhaltsverzeichnis

L Anträge an den Landesparteitag	1
---	----------

L1	Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt	
L1 Aktivität in sozialen Medien		
.....		1
L2	Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt	
L2 Stärkung der Europäischen Öffentlichkeit		
.....		5

L Anträge an den Landesparteitag

L1

Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Aktivität in sozialen Medien

1 Die Abteilung 1, die KDV Mitte und der Lan-
2 desparteitag der SPD Berlin mögen - auch als
3 Empfehlung für die Bundesebene - beschlie-
4 ßen:
5 Unabhängig von allgemeinen Wahlen wird
6 über niedrigschwellige, vor allem persona-
7 lisierte Angebote in sozialen Medien Kon-
8 takt zu potentiell SPD-Wählenden insbeson-
9 dere durch Mandatsträger:innen, Kandidie-
10 rende geknüpft, gehalten und gepflegt, wel-
11 cher in das Umfeld der jeweiligen Erle-
12 benswelt sozialer Medien passt, wobei SPD-
13 Programmatik eher nachrangig sein kann
14 und solidarisches, gemeinnütziges, in der Le-
15 bensnähe von politikfernen Wahlberechtig-
16 ten nachvollziehbares Verhalten im Vorder-
17 grund stehen sollte.

18

19

20

21

22 Begründung

23 Eher ältere Menschen nutzen noch das li-
24 neare Fernsehen bzw. ein zusammengestell-
25 tes Rundfunkprogramm, z.B. das ZDF, den
26 Deutschlandfunk. Politische Inhalte bekom-
27 men sie im Zeitrhythmus von Nachrichten-
28 sendungen und politischen Formaten des li-
29 nearen Programms präsentiert.

30

31 Verändertes Nutzerverhalten und bei jünge-
32 ren Menschen bereits der Einstieg in den Me-
33 dienkonsum geht einher mit einer allgemei-
34 nen Entrhythmisierung beim Hören, Sehen
35 von Inhalten. Musik wird weniger im laufen-
36 den Radioprogramm gehört, sondern indivi-
37 duell zusammengestellt, ohne dass sie von
38 Information wie den halbstündlichen Radio-

39 nachrichten unterbrochen wird. Gleiches gilt
40 für anzuschauende Inhalte z.B. aus der Me-
41 diathek, netflix etc.

42

43 Ohne die lineare Programmstruktur entfällt
44 für viele Menschen der Informationsteil, ins-
45 besondere die Nachrichten. In der Mediathek
46 wird ein Tatort nicht mehr nach bzw. zu-
47 sammen mit der Tagesschau geschaut, Musik
48 nicht mehr im Radio zwischen stünd-lichen
49 Nachrichten- und sonstigen Informationsblö-
50 cken gehört. Die Tagesschau wird weniger um
51 20 Uhr angeschaut und falls überhaupt allen-
52 falls in der Halbzeitpause eines Fußballspiels
53 angeschaut. Eine verringerte politische Infor-
54 miertheit und Bildung sind die Folge, wo-
55 durch die Fähigkeit zur Einordnung von neuen
56 Informationen und Behauptungen nachlässt.
57 Wer kaum bzw. keine verlässlichen Nachrich-
58 ten hört, kann falsche Behauptungen im pri-
59 vaten Umfeld oder in sozialen Medien we-
60 der widerlegen, noch überhaupt dazu Stel-
61 lung beziehen, weil dieser oder jener Fakt
62 schlicht unbekannt bzw. der eigene Kenntnis-
63 stand viel zu unsicher ist, als dass hierzu Stel-
64 lung bezogen werden könnte. Es wird dann
65 geschwiegen.

66

67 Hinzu kommt ein seit der Corona-Pandemie
68 wachsendes Phänomen, sich aus dem Strom
69 von zum Teil verunsichernder Information
70 auszuklinken. Nicht offensichtlich angeneh-
71 me Informationen werden aktiv ignoriert, ih-
72 re Kenntnisnahme vermieden, soweit dies
73 möglich ist.

74

75 Diese allgemeine Entwicklung zur Kenntnis
76 nehmend verringert sich seit Jahren die Be-
77 deutung klassischer Wege für die Verbrei-
78 tung, Diskussion politischer Anliegen, Ideen,
79 Beschlüsse sowie Kenntnis von Debatten,
80 zum Meinungsstand hierzu und die hierauf
81 beruhende eigene Meinungsbildung. Die Ge-
82 sellschaft spaltet sich in Gut- und Überin-
83 formierte, die aktiv an Debatten teilnehmen
84 oder zumindest Debattenformate wie die

85 Talks in den Öffentlich-Rechtlichen, in pod-
86 casts etc. konsumieren bzw. folgen können
87 und Wahlberechtigte, die eine solche Debatte
88 überfordert, weil sie faktenunsicher, zu wenig
89 vorinformiert bzw. zu wenig interessiert sind.
90 Diese Entwicklung betrifft besonders klassi-
91 sches SPD-Klientel. Die SPD kann dies weder
92 abändern, noch zurückdrehen. Sie sollte sich
93 dem aber nicht entziehen.

94 Dabei haben wenig informierte Wahlberech-
95 tigte genau so eine Stimme wie gut- und
96 überinformierte Wahlberechtigte.

97

98 Soziale Medien wiederum können ein indivi-
99 duelles Gefühl von geistiger, emotionaler Nä-
100 he, Zuspruch, Verstandenwerden erzeugen. In
101 einem solchen Umfeld gefühlter persönlicher
102 Nähe ist es deutlich wahrscheinlicher, dass In-
103 formationen, Nachrichten wahrgenommen,
104 geglaubt, Teil der eigenen Sichtweise und
105 weiter verbreitet werden, eben weil sie so-
106 zial einbettet sind. Auch in sozialen Medi-
107 en kommt es nicht allein auf die Information
108 selbst an, sondern darauf, wer sie verbreitet.

109

110 Wahlwerbung nun im Bereich individueller
111 Mediennutzung zu schalten, überträgt ledig-
112 lich klassische Wahlwerbung aus dem Fernse-
113 hen in das Internet. Diese wird vornehmlich
114 weggeklickt, sobald es möglich ist, weil sie bei
115 der avisierten Medien-nutzung schlicht stört.
116 Ein Wegklicken wäre im linearen Fernseh-
117 und Radiopro-gramm nicht möglich.

118

119 Um Wahlberechtigte außerhalb linearer An-
120 gebote gut zu erreichen, dürfte sich eine
121 personalisierte Kontaktaufnahme, das Kon-
122 takthalten innerhalb deren Medienkonsum-
123 gewohnheiten bzw. im jeweiligen Social-
124 Media-Umfeld anbieten, wobei es für die-
125 se Kontaktpflege genügen sollte, lebensnahe
126 Geschichten zu erzählen, Stichworte und po-
127 sitive Emotionen zu verbreiten, die mit der
128 SPD verbunden sind, wie z.B. solidarisches
129 Verhalten, Gemeinnutz, Chancengleichheit
130 etc. und damit überhaupt erst einen Zugang

131 zu SPD-Themen bei Informationsinteresse zu
132 legen. Dabei sollte die SPD-Programmatik zu-
133 nächst kein Thema sein. Es bietet sich an,
134 diesen Kontakt durch bekannte bzw. bekannt
135 zu machende Personen, also Mandatsträ-
136 ger:innen, Wahlkreiskandidierende zu schaf-
137 fen und zwar schon jetzt, lange vor anste-
138 henden Wahlen. Dieser Kontakt hilft dann bei
139 anstehenden Wahlen, denn dann dürfte bei
140 sonst politikfernen Wahlberechtigten genug
141 Interesse an politischer Beteiligung, Debat-
142 ten, Inhalten aufkommen, also einfach mal
143 zu schauen, was eine bereits unterhaltsame
144 Kandidierende der SPD an politischen The-
145 men verfolgt.

146

147 Wie gut ein solch personalisiertes Vorgehen
148 gelingen kann, haben zuletzt die politi-schen
149 Ränder der im Bundestag vertretenen Partei-
150 en vorgeführt.

L2**Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Stärkung der Europäischen Öffentlichkeit**

1 Die Bundestagsabgeordneten der SPD und
2 eine Bundesregierung unter Beteiligung der
3 SPD werden aufgefordert, sich für eine deutli-
4 che Stärkung der medialen Europäischen Öff-
5 fentlichkeit auf EU-Ebene einzusetzen, die
6 inhaltlich identisch und simultan in allen
7 (Amts-) Sprachen der Europäischen Union in
8 geeigneter Form wie z.B. Rundfunkan-
9 stalten, Internetplattformen stattfindet und alle EU-
10 Staaten erreicht.

11

12 Begründung

13 Der Europäischen Union als Verbund ihrer
14 Mitgliedsstaaten steht unter starkem Druck,
15 sich auf gemeinsames Vorgehen zu verstän-
16 digen. Gleichzeitig fehlt gerade kontroversen
17 EU-Entscheidungen die Akzeptanz in den Mit-
18 gliedsstaaten. Ein Grund hierfür ist das Feh-
19 len einer ausreichend etablierten gemeinsa-
20 men Europäischen Öffentlichkeit, in der poli-
21 tische Anliegen außerhalb von EU-Parlament
22 und der Vertretung einzelner Mitgliedsstaa-
23 ten grenzüberschrei-tend diskutiert werden.

24

25 In jedem Mitgliedsstaat wird bisher geson-
26 dert über Aktivitäten auf EU-Ebene berichtet
27 und debattiert. Bestenfalls informieren natio-
28 nale Medien vom Meinungsstand in einem
29 anderen Mitgliedsstaat. Es gibt jedoch au-
30 ßerhalb von thematisch begrenzter Inhalte
31 fast keine grenzüberschreitende Meinungs-
32 bildung der EU-Bürgerinnen und – Bürger,
33 keine europäische Zeitung, nur vornehm-
34 lich informatorische Rundfunkangebote wie
35 euronews, Livestream von Parlaments-/Aus-
36 schusssitzungen, jedoch keine europaweit
37 wirkenden Kommentare, politischen Streit-
38 gespräche, keine europaweit ausreichend ge-

39 nutzte Plattform für den Austausch von Sicht-
40 weisen, der auch Sprachgrenzen überwindet
41 und Bürger:innen beteiligt.

42

43 Dabei garantiert die Europäische Grund-
44 rechtecharta auf EU-Ebene die Freiheit
45 der gemein-samen politischen Willensbil-
46 dung. In Art. 11 heißt es nach dem Recht
47 auf grenzüberschrei-tende Meinungsfrei-
48 heit: "Die Freiheit der Medien und ihre
49 Pluralität werden geachtet." Diese Charta
50 geht wie selbstverständlich davon aus, dass
51 es Medien gibt, die frei und plural grenzüber-
52 schreitend, sogar EU-weit tätig sind und eine
53 Europäische Öffentlichkeit existiert.

54

55 Ohne ausreichend gemeinsame Öffentlich-
56 keit bleibt die Meinungsbildung auf EU-
57 Ebene schwach und vornehmlich auf Reprä-
58 sentanten der Mitgliedsstaaten begrenzt. Ihr
59 fehlt die gemeinsame politische Willensbil-
60 dung der Bürgerinnen und Bürger über natio-
61 nale und Sprachraum-Grenzen hinweg und
62 damit der willensbildende Unterbau.

63

64 In der Folge fehlt vielen Entscheidungen auf
65 EU-Ebene die nach gemeinsamer Willens-
66 bildung gefundene Unterstützung aus den
67 Bevölkerungen der EU-Staaten. Dabei erfor-
68 dert die Lage außerhalb der EU eigentlich
69 mehr Verbindlichkeit und Unterstützung von
70 gemeinsamen EU-Interessen.

71

72 Genau hier setzt der Beschlussantrag an,
73 denn der freie europäische Medienmarkt
74 hat trotz technischer Möglichkeit eine Eu-
75 ropäische Öffentlichkeit bisher nicht in ei-
76 ner Weise hervorgebracht, dass EU-Anliegen
77 europaweit über Sprachgrenzen hinweg ge-
78 meinsam diskutiert werden. Es genügt nun-
79 mal nicht, dass eine z.B. Fachministerin den
80 Diskussions-stand und die EU-Pläne in na-
81 tionalen Medien wiedergibt bzw. bewertet
82 oder von EU-Themen in Landessprache be-
83 richtet wird. Vielmehrt bedarf es einer öf-
84 fentlichen Diskussion mit Fachministern aus

85 mehreren EU-Staaten unter Beteiligung der
86 Menschen, welche inhaltlich identisch und
87 simultan in allen europäischen (Amts-)Sprach-
88 en stattfindet. Hierfür fehlen noch immer
89 Kommunikationsformate. Gemeinsame An-
90 liegen in EU-Europa werden in sprachlich
91 abgegrenzten nationalen Teilöffentlichkeiten
92 diskutiert, falls dies überhaupt stattfindet.

93

94 Die vorhandenen grenzüberschreitenden An-
95 gebote wie z.B. Euronews, Eurosport, Arte,
96 Politik-Portale/Blogs im Internet, das TV des
97 Europäischen Parlaments und die Europäi-
98 sche Rundfunkunion (EBU) bieten entweder
99 thematisch sehr begrenzte Formate der Mei-
100 nungsbildung wie beim ESC oder eröffnen
101 keinen simultanen Austausch, keine Interak-
102 tion über Sprachgrenzen hinweg. Zudem sind
103 sie von geringer Reichweite.

104

105 Die nationalstaatliche bzw. sprachraumbe-
106 grenzte Teilöffentlichkeiten können das Öff-
107 fentlichkeitsdefizit auf EU-Ebene auch in ih-
108 rer Summe nicht ausgleichen. In einer zu-
109 meist sprachraumbegrenzten Teilöffentlich-
110 keit ist die Behandlung europäischer The-
111 men nicht nur von jeweils national gepräg-
112 ten Medienakteuren abhängig, für wie re-
113 levant ein Thema gehalten wird. Sie beruht
114 zudem auf sprachraumbegrenzten Erzählun-
115 gen, z.B. „Überregulierung aus Brüssel“. Die
116 Folge sind ein mitunter vollkommen unter-
117 schiedlicher Informationsstand und national
118 geprägte Sichtweisen zum selben europäi-
119 schen Thema. Bei entgegengesetzten Interes-
120 sen zwischen den Mitgliedsstaaten (Beispiel:
121 Umfang der gemeinsamen Verschuldung, En-
122 ergieimporte) kann eine unterschiedliche Be-
123 sprechung des Themas in der jeweiligen na-
124 tionalen Teilöffentlichkeit die Einigungfin-
125 dung in der EU verhindern.

126

127 Die Verstärkung von Sichtweisen innerhalb
128 jeweils nationaler bzw. sprachraumbegrenz-
129 ter Teilöffentlichkeiten trägt zudem das Po-
130 tential einer tiefen Spaltung innerhalb der

131 EU in sich, denn der Blick durch die na-
132 tionale Brille auf ein europäischer Thema
133 kann den Ansichten in den Teilöffentlichkei-
134 ten anderer Mitgliedsstaaten so deutlich ent-
135 gegen stehen, dass bei sehr kontroversen
136 Themen Vertreter eines Mitgliedstaats in der
137 EU, aber auch Europäische Parla-mentarier ei-
138 ne Verständigung mit Vertretern anderer EU-
139 Staaten nicht mehr wagen, weil sie das Ergeb-
140 nis in ihrer nationalen Teilöffentlichkeit nach
141 dem dort zuvor geführten Diskurs nicht oh-
142 ne einen hohen Glaubwürdigkeitsverlust und
143 Reputationsschaden vertreten könnten, Na-
144 heliegenderweise auch nicht vertreten und
145 deshalb eine tragfähige Verständigung auf
146 EU-Ebene verhindert wird. In einer starken
147 Europäischen Öffentlichkeit würde sich die je-
148 weils nationale Berichterstattung bzw. natio-
149 nale Erzählungen am europäischen Diskurs
150 messen lassen müssen und könnten innner-
151 halb der nationalen Teilöffentlichkeit deutlich
152 hinterfragt werden. Umgekehrt würde dies
153 für die EU-Ebene ebenso gelten.

154

155 Der Entscheidungsprozess in der EU wäre mit
156 einer gleichartigen Kontrolle der Arbeit Eu-
157 ropäischer Institutionen durch eine Europäi-
158 sche Öffentlichkeit zudem deutlich transpa-
159 renter und nachvollziehbarer, wie es bei auch
160 sehr streitigen Entscheidungsprozessen in-
161 nerhalb der Mitgliedsstaaten eingeübt und
162 von Bürger:innen mit anderer Meinung über-
163 wiegend akzeptiert wird.

164

165 Die EU würde weniger als Elitenprojekt
166 der Vertreter einzelner EU-Staaten, der
167 EU-Institu-tionen und der einzelnen Lob-
168 byorganisationen wahrgenommen, denn
169 eine gestärkte Euro-päische Öffentlichkeit
170 kann eine nicht zu unterschätzende Kontrolle
171 durch Diskurs jedweder politischen Initiative
172 ausüben.